

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit62/A, B_e

zu 75/J

Anfragebeantwortung

Eine Anfrage der Abg. Dr. M a l e t a und Genossen, betreffend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, hat Bundeskanzler Ing. R a a b wie folgt beantwortet:

Der Ministerrat hat die Gründung einer Autobahn-Bes.m.b.H. beschlossen, die als Vorgesellschaft für die später zu errichtende Autobahnbetriebsgesellschaft zu gelten hätte.

Durch die Freigabe der zum Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug gehörigen Vermögensschaften seitens des sowjetischen Besatzungselementes wurden zwar die Voraussetzungen für den Bau dieser Wasserkraftanlage geschaffen. Diese Vermögensschaften wurden auch inzwischen auf Grund eines nach § 57 AVG erlassenen Bescheides auf die Österreichische Donaukraftwerke A.G. - wie im zweiten Verstaatlichungsgesetz vorgesehen - übertragen. Das vorliegende Wasserkraftprojekt bedarf jedoch auf Grund angestellter Untersuchungen der Anpassung an die jüngsten technischen Erkenntnisse, um die Betriebssicherheit und möglichst grösste Leistung des Kraftwerkes zu gewährleisten. Bei intensivster Bearbeitung kann dieses Projekt frühestens zum Jahresende baureif vorliegen. Sobald es die Genehmigung der Wasserrechtsbehörde erhalten hat, kann die Ausschreibung der Bauarbeiten erfolgen.

Zur Sicherung eines möglichst baldigen Baubeginnes sowie zur Entlastung des Arbeitsmarktes hat die Österreichische Donaukraftwerke A.G. ein Sofortprogramm ausgearbeitet, das folgende Arbeiten umfassen soll: Reparatur der Werkbahnen und Brücken an beiden Ufern, Beseitigung der Hochwasserschäden an den Dammbauten, Verbesserung und Verlängerung der Zufahrtsstrassen zur Baustelle und in das Rückstaugebiet, Instandsetzung und Ergänzung der Seilbahn über die Donau, der Arbeiterlager und Unterkünfte sowie Einrichtung und Stromversorgung der Baustellen und Vorarbeiten zur Errichtung der Werksiedlung und Vermessungsarbeiten zur Regelung der Liegenschaftsfragen.

Mit der Verwirklichung dieses umfangreichen Sofortprogrammes wird im weiteren Umkreis der Baustelle ein beachtlicher Bedarf an neuen Arbeitskräften entstehen. Es kann angenommen werden, dass sich die Zahl der von der Österreichischen Donaukraftwerke A.G. Beschäftigten von derzeit rund 50 bis November 1953 auf über 400 erhöhen wird.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. Oktober 1953

Als weitere Massnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat der Bund zum Ausbau der Mölltalstrasse zusätzlich 15 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, sodass das Teilstück Möllbrücke-Obervellach noch im Laufe dieses Jahres fertiggestellt werden kann. Damit wurde auch ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Kärnten geleistet.

Für den Wiederaufbau der Bundestheater und Nebengebäude wurde bereits ein ^{Bank} Kredit von 100 Millionen Schilling beschafft. Es sind ferner hierfür im heurigen und für das nächste Jahr an Budgetmitteln je 25 Millionen Schilling vorgesehen.

Es ist auch beabsichtigt, Bahnhöfe auszubauen. Für die Durchführung dieses Planes sind 180 bis 200 Millionen Schilling notwendig. Die Mittel hierfür sollen in Form von Bankkrediten beschafft werden. Als weitere arbeitsschaffende Grossinvestition ist auch die intensivierte Fortsetzung der Elektrifizierung der ÖBB- Strecken mit einem Jahresaufwand von etwa 400 Millionen Schilling für weitere 10 Jahre in Aussicht genommen.

Die Verhandlungen zur Beschaffung eines Kredites im Ausmass von 200 Millionen Schilling für die Fortführung der Arbeiten an der Vollautomatisierung des Telephonnetzes sind im Gange.

Weiters hat die Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung namhafte Aufträge für die Autoindustrie (rund ⁶⁰ Millionen Schilling) sowie für die Hochbauzwecke ausser für reine Fernmeldehochbauten rund 77 Millionen Schilling in Aussicht genommen.

Der Ausbau eines Zentralflughafens ist in Aussicht genommen.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit muss grundsätzlich festgestellt werden, dass eine befriedigende Beschäftigungslage auf Dauer nur durch eine ausreichende Kapitalbeschaffung und durch die Pflege des Exportes erreicht werden kann. In beiden Bereichen wurden in den letzten Monaten die Voraussetzungen dazu durch umfangreiche legislatorische Arbeiten geschaffen, wie das Sparbegünstigungsgesetz, Energieanleihegesetz, Elektrizitätsförderungsgesetz und Ausfuhrförderungsgesetz beweisen. Die durch diese Gesetze geschaffenen Voraussetzungen werden zu einer starken Belebung der Privatinvestitionen führen und dadurch nachhaltige Wirkungen auf die Senkung der Arbeitslosigkeit zeitigen.

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. Oktober 1953

Eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Herstellung der Kreditwürdigkeit Österreichs dem Auslande gegenüber ist durch die Regelung der Vorkriegsschuldenfrage erfüllt.

Zur Förderung des Exportes wurden verschiedene Warenpositionen in eine höhere Umsatzsteuerrückvergütungsgruppe eingereiht und wurde ein Verzeichnis darüber auch ausgearbeitet. Die diesbezügliche Verordnung der Bundesregierung, wie die Liste der Vergütungsgruppe 4 (Anlage A des Ausfuhrförderungsgesetzes 1953, BGBl. Nr. 119) hat in der Sitzung des Ministerrates am 29. September 1953 die vom Hauptausschuss am 23. September 1953 beantragten Ergänzungen erfahren und wurde angenommen. Diese Verordnung wird nach Ablauf der vorgesehenen Fristen im Bundesgesetzblatt erscheinen.

Eine weitere Voraussetzung für internationale Kapitaltransaktionen sowie für die Kapitalbildung im Inland ist die Bilanzwahrheit. Dieses Ziel soll durch ein Schillingseröffnungsbilanzgesetz, ein Bankenrekonstruktionsgesetz und ein Wertpapierbereinigungsgesetz erreicht werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Entschädigungsfrage der verstaatlichten Unternehmungen eine Regelung finden. Da die Steuerpolitik auch auf die Belebung des Sparwillens und auf die Kapitalbildung Einfluss hat, ist beabsichtigt, durch ein Steuervereinfachungsgesetz und Änderungen des Gewerbesteuer- und Vermögenssteuergesetzes die Steuerbelastung schrittweise zu senken.

-.-.-.-.-